

Gegenstand: **Bau einer linksrheinischen Schwerlasttrasse zwischen Mannheim und Karlsruhe; Antrag zur Resolution der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom 25.10.2023**
Vorlage: 1735/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass heute nur die Beratung des Kooperations-Vorschlags vorgesehen ist, keine Beschlussfassung. Die Stadt wartet nach wie vor auf die Kapazitätsprognosen der DB.

Frau Heller schlägt zur weiteren Vorgehensweise vor, einen Resolutionsentwurf, die linksrheinischen Trassen der Güterstrecke mit Untertunnelung betreffend, an alle übrigen Fraktionen zur Beratung und internen Abstimmung zu schicken. Die Ablehnung dieses Projekts bedeutet jedoch nicht, dass man grundsätzlich eine Verlagerung von Transportkapazitäten von der Straße auf die Schiene ablehnt.

Herr Brandenburger schlägt vor, Einiges aus der Begründung dieser Vorlage in den Resolutionstext aufzunehmen. Punkt 3 mit der Risikobewertung als dauerhafte Forderung erscheint dabei für die SPD mit am wichtigsten.

Herr Popescu argumentiert inhaltlich ähnlich wie die SPD. Vielleicht sollte man eine Terminierung für die Februarsitzung anpeilen. Die Linke geht davon aus, dass alle an einem Strang ziehen.

Nach Ansicht von Frau Keller-Mehlem sind alle wesentlichen Punkte aus den Informationsveranstaltungen aufgenommen. Das Papier kann für die UfS als Diskussionsgrundlage genutzt werden. Natürlich müsse der Lückenschluss der Gütertrasse in Deutschland irgendwie erfolgen. Man sollte auch Formulierungen der BI mitaufnehmen.

Die FDP wird sich laut Herrn Oehlmann einer Resolution derzeit nicht anschließen können. Er möchte erst die Veränderungen auf dem Güterverkehrssektor abwarten. Dazu kann auch vorhandene Infrastruktur optimiert werden. Eine Resolution erscheint ihm verfrüht.

Herr Hoffmann sieht die Einbringung der Resolution seitens der CDU auch frühestens im Februar.

Nach Auffassung von Frau Dr. Mang-Schäfer kann es die SWG nicht vertreten, dass sich die badische Seite komplett abriegelt und sich die pfälzischen Kommunen in eine immer schlechtere Position bringen.

Frau Heller weist darauf hin, dass 2 der rechtsrheinischen Varianten bereits durch die Feldhamsterdiskussion ausgeschlossen wurden. Daher wäre eine zeitnahe Positionierung schon notwendig.

Die Vorsitzende schließt mit einem Appell an die im Parlament vertretenen Parteien, auch die Abgeordneten dort in der Sache einzubinden. Auch die Position der Landesregierung ist noch von Bedeutung.

Gegenstand: Bericht zur Flüchtlingssituation

Frau Bürgermeisterin Kabs und die Vorsitzende berichten über die aktuelle Lage.

Der Rat hat nach längerer Diskussion einen Vorratsbeschluss zur Modulbauweise in Containern vor der Sommerpause gefasst. Die Situation hat sich seitdem nicht entspannt, da neue Kriegssituationen entstanden sind.

Die Verteilquoten-Mitteilungen haben sich deutlich verkürzt, was auf eine schwierige, dynamische Entwicklung hinweist. Bisher waren 3-5 Personen je Woche angekündigt, ab Dezember 5-6 Personen. Wie lange das gültig ist, ist nicht absehbar. Die Dynamik wird aber noch über Jahre erhalten bleiben.

Solange es geht, ist eine dezentrale Unterbringung angestrebt. Allerdings sind teilweise Menschen schon seit 2015 in Sammelunterkünften untergebracht. Auf gar keinen Fall sollen Sporthallen belegt werden.

Anschließend wird über die Belegung der einzelnen Unterbringungsmöglichkeiten ausführlich berichtet.

Über den Erwerb des Objektes Lauergasse/Pfaupasse wurden bereits Flugblätter anonym mit Hetzschriften verteilt. Offenbar wurden Unterlagen aus der nichtöffentlichen Sitzung in die Öffentlichkeit lanciert.

Am Standort Butenschönstraße wird zwischenzeitlich geprüft, ob man diesen nicht nur temporär, sondern fest mit Wohneinheiten bebauen könnte, die man später auch regulär vermieten kann.

Die anschließende Diskussion um Unterbringungs- und Integrationsmöglichkeiten schließt Herr Hoffmann mit einem Dankeschön an die Stadtgesellschaft und die Verwaltung ab. In den „Sozialen Medien“ werden lautstarke Diskussionen um Flüchtlinge 1. und 2. Klasse geführt. Er beendet seinen Beitrag mit dem Zitat: „wir erwarten Asylbewerber und es kommen - Menschen“.

19. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 21.11.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende bittet darum, Vorschläge zur Haushaltsberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss am 28.11.2023 nach Möglichkeit 1-2 Tage vorher einzureichen, damit noch Zeit für die Kämmerei bleibt, diese in eine Änderungsliste einzuarbeiten.

19. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 21.11.2023

19. Sitzung des Ältestenrates 21.11.2023 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!